

**4. Satzung  
zur Änderung der Satzung für die Erhebung des  
Fremdenverkehrsbeitrages der Stadt Ebermannstadt  
vom 1.10.1980**

Auf Grund des Art. 6 des Kommunalabgabengesetzes er-  
lässt die Stadt Ebermannstadt folgende

**4. Satzung  
zur Änderung der Satzung für die Erhebung des  
Fremdenverkehrsbeitrages der Stadt Ebermannstadt  
vom 1.10.1980**

**Art. 1**

§ 3 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

(4) Der Beitragssatz beträgt 5,5 v.H.

**Art. 2**

§ 3 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

(5) Der Mindestbeitragssatz beträgt bei einem - durch Satzung  
zu ermittelnden - branchendurchschnittlichen Anteil des Ge-  
winns am Umsatz von

	0 - 5 v.H.	0,06875 v.H.
über	5 - 10 v.H.	0,20625 v.H.
über	10 - 15 v.H.	0,34375 v.H.
über	15 - 20 v.H.	0,48125 v.H.
über	20 v.H.	0,6875 v.H.

**Art. 3**

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2012 in Kraft.

Ebermannstadt, den 11.7.2011

Stadt Ebermannstadt  
gez. Kraus, Bürgermeister

Beschluss Haupt- und Kulturausschuss vom 08.06.2011

Beschluss Stadtrat vom 06.07.2011

Diese Satzung ist nach Art. 2 Abs. 3 des Kommunalabgaben-  
gesetzes genehmigungsfrei.

-----

## **Satzung über die Erhebung eines Fremdenverkehrsbeitrages**

(Satzung vom 01.10.1980, zuletzt geändert am 24.11.2003)

Auf Grund des Art. 6 des Kommunalabgabengesetzes erlässt die Stadt Ebermannstadt folgende

### **Satzung für die Erhebung des Fremdenverkehrsbeitrages**

#### **§ 1 Beitragsschuldner, Beitragstatbestand**

- (1) Von allen selbstständig tätigen natürlichen und den juristischen Personen, denen durch den Fremdenverkehr im Gemeindegebiet Vorteile erwachsen, wird ein Fremdenverkehrsbeitrag erhoben.
- (2) Von dem Beitrag sind der Bund (einschließlich der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn) und die Länder befreit.

#### **§ 2 Beitragsmaßstab**

- (1) Durch den Beitrag wird der Vorteil, der dem Beitragsschuldner innerhalb eines Kalenderjahres durch den Fremdenverkehr mittelbar oder unmittelbar erwächst, abgegolten.
- (2) Zur Bestimmung des Vorteils dienen der einkommen- oder körperschaftsteuerpflichtige Gewinn und der steuerbare Umsatz innerhalb eines Kalenderjahres. Die Beitragsschuld wird gem. § 3 Abs. 1 auf der Grundlage des Gewinns bestimmt, wenn sich nicht gem. § 3 Abs. 2 auf der Grundlage des steuerbaren Umsatzes ein höherer Betrag ergibt.

#### **§ 3 Beitragsermittlung**

- (1) Der Beitrag nach dem Gewinn errechnet sich, indem der Gewinn mit dem Vorteilssatz (Absatz 3) und mit dem Beitragssatz (Absatz 4) multipliziert wird.
- (2) Der Beitrag nach dem steuerbaren Umsatz errechnet sich, indem der steuerbare Umsatz mit dem Vorteilssatz (Absatz 3) und mit dem Mindestbeitragssatz (Absatz 5) multipliziert wird.
- (3) Der Vorteilssatz bezeichnet den auf dem Fremdenverkehr beruhenden Teil des einkommens- und körperschaftspflichtigen Gewinns (Absatz 1) oder des steuerbaren Umsatzes (Absatz 2). Er wird durch Schätzung für jeden Fall gesondert ermittelt. Dabei sind insbesondere Art und Umfang der selbstständigen Tätigkeit, die Lage und Größe der Geschäfts- und Beherbergungsräume, die Betriebsweise und die Zusammensetzung des Kundenkreises von Bedeutung.
- (4) Der Beitragssatz beträgt 4,5 v. H.
- (5) Der Mindestbeitragssatz beträgt bei einem – durch Schätzung zu ermittelnden – branchendurchschnittlichen Anteil des Gewinns am Umsatz von

	0 – 5 v. H.	0,05625 v. H.
über	5 – 10 v. H.	0,16875 v. H.
über	10 – 15 v. H.	0,28125 v. H.
über	15 – 20 v. H.	0,39375 v. H.
über	20 v. H.	0,56250 v. H.

#### **§ 4 Entstehen, Veranlagung**

- (1) Die Beitragsschuld entsteht mit Ablauf des Kalenderjahres auf das sie sich bezieht.
- (2) Die Beitragsschuld wird nach Ablauf des Kalenderjahres veranlagt. Der Beitragsschuldner hat hierzu auf Aufforderung eine Erklärung nach Formblatt abzugeben

#### **§ 5 Vorauszahlung**

- (1) Der Beitragsschuldner hat am 15.08. jeden Jahres eine Vorauszahlung zu entrichten. Wer die zur Beitragsschuld führende selbstständige Tätigkeit erstmals nach dem letzten für die Vorauszahlung festgesetzten Termin aufnimmt, hat die Vorauszahlung einen Monat nach Zustellung des die Höhe der Vorauszahlung festsetzenden Bescheids zu entrichten.
- (2) Die Vorauszahlungen bemessen sich grundsätzlich nach der Höhe der Schuld, die sich bei der letzten Veranlagung ergeben hat. Die Vorauszahlung kann der Schuld angepasst werden, die sich für den laufenden Veranlagungszeitraum voraussichtlich ergeben wird.
- (3) Die Vorauszahlungen von Beitragsschuldnern, die Wohnungen, Zimmer oder sonstige Räume oder Grundstücke oder Grundstücksteile für Gäste gegen Entgelt zur Verfügung stellen, können abweichend von den Absätzen 1 und 2 zusammen mit der ordnungsmäßigen Abführung der Kurbeiträge verlangt werden und betragen für jede Übernachtung 0,20 DM. Ist anzunehmen, dass die hierbei voraussichtlich zu entrichtenden Zahlungen die sonst nach Absatz 2 sich ergebende Höhe der Vorauszahlung nicht erreichen werden, so können darüber hinaus Vorauszahlungen bis zu dieser Höhe in entsprechender Anwendung der Abs. 1 und 2 verlangt werden.

#### **§ 6 Beitragsbescheid, Fälligkeit**

- (1) Die Beitragsschuld ist durch schriftlichen Bescheid festzusetzen und einen Monat nach Zustellung des Bescheides fällig.
- (2) Aus dem Bescheid müssen die Veranlagungsmerkmale hervorgehen. Übt ein Beitragsschuldner mehrere verschiedenartige selbstständige Tätigkeiten aus, so ist der Betrag für jede Tätigkeit gesondert zu berechnen.
- (3) Beitragsschuldner, die nur Vorauszahlungen nach § 5 Abs. 3 Satz 1 entrichten, veranlagen mit der Summe dieser Vorauszahlungen ihre endgültige Beitragschuld. Das gilt nicht, wenn
  - a) die Gemeinde den Beitragsschuldner schriftlich zur Abgabe einer Erklärung nach § 4 Abs. 2 Satz 2 auffordert oder
  - b) der Beitragsschuldner schriftlich einen Bescheid nach Abs. 1 beantragtFür die Aufforderung und den Antrag gilt eine Ausschlussfrist von einem Jahr, gerechnet ab Entstehen der Beitragsschuld (§ 4 Abs. 1).

### **§ 7 Abschlusszahlung**

- (1) Auf die Beitragsschuld werden die für den Veranlagungszeitraum entrichteten Vorauszahlungen angerechnet.
- (2) Waren die Vorauszahlungen höher als die im Bescheid festgesetzte Beitragsschuld, so wird dem Beitragsschuldner der Unterschiedsbetrag unverzüglich nach Zustellung des Bescheides gutgebracht.

### **§8 Inkrafttreten**

- (1) Die Satzung tritt am 01. Januar 2004 in Kraft.

Ebermannstadt, den 03. Dezember 2003

**STADT EBERMANNSTADT**

**gez. Kraus, Erster Bürgermeister**  
**Beschluss Stadtrat vom 24.11.2003**

-----